

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Die DDR muß endlich Reformen einleiten

Der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, hat auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus über die Ergebnisse der Präsidiums- und Bundesvorstandssitzung berichtet und zur Lage in der DDR die folgende Erklärung abgegeben:

1 Die verordneten 40-Jahr-Feiern der DDR wurden zu Tagen der nationalen Betroffenheit. Während die SED-Führung mit Fackelaufmärschen, Stechschritt und Militärparaden feierte, wurde die Weltöffentlichkeit Zeuge, wie Polizei und Staatssicherheit der DDR friedliche Demonstrationen mit brutaler Gewalt auflösten. Überfüllte Gefängnisse, zahlreiche Verletzte, anhaltende Fluchtbewegung sind heute Symbole eines erstarrten autoritären Systems, das seine Macht nur noch durch Repression nach innen und Abschottung nach außen zu sichern versucht. Sie sind zugleich Ausdruck tiefer Unsicherheit der Verantwortlichen in Ost-Berlin.

2 Die CDU Deutschlands spricht den Menschen in der DDR, die ihre selbstverständlichen staatsbürgerlichen Rechte in Anspruch genommen haben und für mehr Freiheit und Menschenrechte auf die

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der 38. Bundesparteitag der CDU wird – so der Beschluß des Bundesvorstandes – am 30. September, 1. und 2. Oktober 1990 in Hamburg stattfinden.

HEUTE AKTUELL

● Beschäftigung

Norbert Blüm zu den Arbeitsmarktzahlen im September: Die Früchte unserer Politik werden für alle sichtbar. Seite 7

● Wohnungsmarkt

Alfred Dregger: Jetzt bauen, modernisieren und vermieten. Seite 9

● Soldaten

Wie der Dienst in der Bundeswehr attraktiver gemacht werden kann. Seite 11

● Umweltschutz

Erdatmosphäre: Verbotssregelungen sind jetzt nicht mehr zu umgehen. Seite 13

● Betriebsratswahlen

200 000 Arbeitnehmervertreter stellen sich 1990 neu zur Wahl. Seite 19

● Erfahrungsbericht

Kommunalwahlkampf: Der Einsatz hat sich gelohnt. Seite 21

● Dokumentation

100 Fakten, die für sich sprechen. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Straße gegangen sind, ihre Sympathie und Solidarität aus. Sie wird alle Reformkräfte unterstützen, die für die Achtung der Menschenwürde, für die Verwirklichung der Menschenrechte eintreten und die ihre Zukunft selbst bestimmen wollen.

3 Ich appelliere an die DDR-Führung, endlich politische und wirtschaftliche Reformen einzuleiten und auf die Bedürfnisse und Sorgen ihrer Bürger einzugehen. Innerer Frieden und Stabilität können nicht durch Gewalt und Entmündigung der Menschen garantiert werden. Die Menschen in der DDR wollen politisch mitentscheiden, sich frei äußern, frei reisen und wirtschaftlich erfolgreich arbeiten können.

Äußerer Frieden und gute Nachbarschaft durch Dialog und Zusammenarbeit können nicht gedeihen, wenn die DDR-Führung fortfährt, sich von den internationalen Veränderungen und Reformen in Ost und West abzukoppeln und sich selbst zu isolieren. Die DDR allein trägt die Verantwortung für eine Politik des Unfriedens nach innen und nach außen.

4 Wenn die DDR-Führung jedoch bereit ist, grundlegende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen durchzuführen, dann wird die CDU Deutschlands diese Reformanstrengungen durch die von ihr geführte Bundesregierung umfassend und weitreichend unterstützen, und zwar in allen Bereichen.

Dabei ist die CDU überzeugt, daß solche Reformen dazu führen würden, daß sich die schon jetzt geleisteten jährlichen Zahlungen an die DDR in Milliardenhöhe ökonomisch wirksamer erweisen würden. Geld kann Reformen nicht ersetzen, aber Reformen können durch weitreichende Zusammenarbeit und Hilfe rascher wirksam werden.

5 Ich bin sofort bereit, Gespräche mit der DDR-Führung aufzunehmen, wenn sie diesen umfassenden politischen und wirtschaftlichen Reformprozeß wirklich will.

Unser Ziel ist es, die Lebensverhältnisse in der DDR so zu verbessern, daß sich die Menschen in ihrer angestammten Heimat wohl fühlen und bleiben wollen. Solange aber Menschen aus Gewissensnot und existenzieller Angst die DDR verlassen, werden wir sie selbstverständlich mit offenem Herzen aufnehmen.

6 Die CDU Deutschlands sieht sich durch die Entwicklungen in ihren deutschlandpolitischen Zielen voll bestätigt. Im Gegensatz zur SPD muß sie ihre Politik nicht revidieren. Auf der Grundlage der Ostverträge hält sie an dem poli-

Die Einheit wiedererlangen

tischen Ziel fest, „auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt“. So heißt es im Brief zur deutschen Einheit zum Moskauer Vertrag von 1970.

Die CDU weiß, daß dieses Ziel nur zu erreichen ist, wenn die Spaltung Europas überwunden wird. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe aller Europäer in West und Ost. Die CDU unterstützt deshalb die gemeinsame Absicht der Bundesregierung und der sowjetischen Führung in der „Bonner Gemeinsamen Erklärung“ vom 13. Juni 1989, „zur Überwindung der Trennung Europas beizutragen“ und eine „künftige Architektur Europas“ zu gestalten. „Bauelemente“ eines solchen „Europas des Friedens und der Zusammenarbeit“ müssen insbesondere sein: „Die uneingeschränkte Achtung der Integrität und der Sicherheit jedes Staates. Jeder hat das Recht, das eigene politische und soziale System frei zu wählen. Die unein-

Keine amtlichen Kontakte mit der Ost-CDU

Im Anschluß an die Sitzung des Präsidiums und des Bundesvorstandes nahm der Parteivorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl, Stellung zu zwei wichtigen Beratungspunkten:

Ausgehend von der klaren Beschlußlage früherer Parteitage, erklärte der Bundeskanzler, daß es auch in Zukunft keine amtlichen Kontakte mit der Führung der sogenannten Ost-CDU geben werde. Dennoch sei in der Diskussion des Bun-

desvorstands deutlich geworden, daß auf den verschiedensten Ebenen der praktischen Parteiarbeit eine Fülle von Gesprächen möglich sei.

Gerade die Diskussionslage, die jetzt täglich in der DDR beobachtet werden könne, mache es notwendig, mit möglichst vielen zu sprechen und unsere Botschaft dorthin zu bringen, aber auch die Erfahrungen, Wünsche und Sorgen von dort kennenzulernen.

Die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilen

Zur Arbeitsweise in Präsidium und Bundesvorstand erklärte der Parteivorsitzende, daß er mit breiter Zustimmung des Präsidiums vor allem noch einmal darauf hingewiesen habe, daß es darum geht, das Team als Ganzes zu stärken. Vierzehn Monate vor der Bundestagswahl, den Landtags- und Kommunalwah-

len im nächsten Jahr setze das voraus, daß die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilt werde. In der übernächsten Woche werde sich das Parteipräsidium ausschließlich mit diesem Thema befassen, um die Sitzung des Parteivorstands vorzubereiten, der im November endgültig darüber befinden wird.

geschränkte Achtung der Grundsätze und Normen des Völkerrechts, insbesondere Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.“

7 Die CDU Deutschlands wird ihre ganze schöpferische Kraft dafür einsetzen, daß alle genannten Ziele dieser Gemeinsamen Erklärung erreicht werden.

Dies setzt voraus, daß die immer engere Zusammenarbeit zwischen West und Ost weiter vorangeht. Die politischen Beziehungen müssen intensiviert, die Zusammenarbeit in allen Bereichen ausgeweitet und Abrüstung und Rüstungskontrolle entschlossen zu Ergebnissen geführt werden.

Die Erfahrung lehrt, daß die Chancen dafür entscheidend davon abhängen, daß vor allem der Reformprozeß in der

Sowjetunion selbst, aber auch in Polen und Ungarn erfolgreich fortgeführt wird.

Wir haben jedes Interesse daran und werden deshalb alles tun, um diese Reformen zu fördern, wo immer dies möglich ist.

Wer Reformen in der DDR will, muß zu allererst Anwalt der Reformen sein und dazu beitragen, daß die Reformkräfte in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn erfolgreich sind.

Die CDU Deutschlands begrüßt deshalb die erreichten Abkommen und Vereinbarungen mit der Sowjetunion vom Oktober 1988 und Juni 1989. Sie unterstützt die beispielhafte Zusammenarbeit mit Ungarn und die Absicht, auch mit Polen einen weit in die Zukunft weisenden Durchbruch zu erreichen.

8 Die CDU verfolgt eine Politik, die diesen tiefgreifenden Reformprozeß schöp-

SPD ist heillos zerstritten

Lafontaines Aussage, die SPD sei von einer Rückkehr an die Regierungsmacht noch weit entfernt, ist eine zutreffende Erkenntnis. Sie zeigt die heillose Zerstrittenheit der SPD-Führung. Nach Perspektiven oder zukunftsweisender Politik sucht man in der SPD vergebens. Bisher konnten die Sozialdemokraten sich damit retten, Fehler der Bonner Regierungskoalition anzuprangern. Diese Fehler gibt es nicht mehr, die Folge ist eine tiefgreifende Verwirrung in der SPD.

Generalsekretär **Volker Rühle**: Lafontaines Kritik an einem sozialdemokratischen „Weiter so“ richtet sich gegen den SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel und zeigt einmal mehr dessen Autoritätsverlust in der Partei. Die SPD ist weiter mit sich selbst und ihrer völlig unklaren Führungsfrage so beschäftigt, daß sie von einer Regierungsübernahme in Bonn nur träumen kann — oder, wie Lafontaine das richtig sagt: „Im Schlafwagen kommen wir nicht zur Macht.“

ferisch mit unserem nationalen Ziel der Verwirklichung der Menschenrechte und der Selbstbestimmung für alle Deutschen verknüpft.

Dabei müssen die berechtigten Sicherheitsinteressen aller Beteiligten in West und Ost gewahrt bleiben. Niemand darf sich in die inneren Verhältnisse des anderen einmischen. Bilaterale Verträge und multilaterale Abkommen und Vereinbarungen, vor allem die KSZE-Schlußakte und Folgedokumente müssen Grundlage und Instrument gemeinsamer Politik sein.

9 Der Erfolg dieser Politik setzt voraus,

Sonder-Telefon Übersiedler

Die „Aktion Willkommen“ ist in vielen Verbänden bereits gut angefallen. Berichte aus einzelnen Kreisverbänden und zahlreiche Nachbestellungen unseres Leitfadens zeigen das große Interesse unserer Mitglieder, den Übersiedlern aktiv zu helfen.

Aus vielen Telefonaten wissen wir, daß es einen großen Bedarf an individueller Beratung und persönlicher Vermittlung von Erfahrungen gibt. Aus diesem Grund hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ab sofort ein Sonder-Telefon zur Beratung in Übersiedlerfragen zur Verfügung gestellt mit der Rufnummer

(02 28) 54 44 35

(abends und an Wochenenden Anrufbeantworter). Bitte geben Sie die Telefonnummer an Parteifreunde weiter. Je mehr dieses Telefon benutzt wird, desto größer der Nutzen für alle, die den Übersiedlern helfen wollen.

daß wir die Prioritäten unserer Außen- und Sicherheitspolitik nicht ändern. Deshalb bleibt die CDU die Europapartei.

Sie wird weiterhin mit Nachdruck daran arbeiten, um den Binnenmarkt bis Ende 1992 zu vollenden, die Wirtschafts- und Währungsunion durchzusetzen und die politische Union zu erreichen. Die enge Freundschaft mit Frankreich bleibt der Motor der europäischen Einigungspolitik. Wir bleiben berechenbare, zuverlässige, treue Freunde unserer Partner im Bündnis und der USA. Sie bleiben Garant unserer Freiheit in Frieden.

Momper schreibt die Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR ab

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU und Vorsitzende der CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Eberhard Diepgen erklärt zur Situation in Ost-Berlin und in der DDR sowie zu den Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Momper:

Die Berliner CDU fordert den Berliner Senat und alle SPD-regierten Bundesländer auf, jetzt die Erfassungsstelle Salzgitter wieder zu unterstützen. Die Einstellung der Zahlungen und der Mithilfe an der Arbeit der zentralen Erfassungsstelle war ein schwerer Fehler. Das erweist sich jetzt. Angesichts der brutalen Einsätze von Sicherheitskräften in Ost-Berlin und in der DDR ist es dringend erforderlich, daß Straftaten gegen Menschen auch durch staatliche Organe der DDR festgehalten und bekannt werden. Das kann abschreckend und insofern friedensstiftend auch auf die Sicherheitskräfte der Polizei, des Stasi und der Kampfgruppen wirken.

Das teilweise Eingehen der SPD auf die sogenannten Geraer Forderungen der SED-Führung, von denen eine die Abschaffung der Erfassungsstelle Salzgitter betraf, hat in der DDR zu keiner Besserung geführt. Im Gegenteil, deshalb ist auch in diesem Punkt eine Korrektur sozialdemokratischer Deutschlandpolitik erforderlich.

Der 40. Jahrestag geriet der Führung der DDR zu einem Fiasko. Angesichts der Bilder von flüchtenden und demonstrierenden Menschen wirkten die bestellten Massenaufmärsche zynisch. Der Fackelzug erinnerte an dunkle Zeiten. Die letz-

ten Tage bleiben durch den sichtbaren Gegensatz zwischen den Kräften der Vergangenheit und denen, die die Zukunft auf ihrer Seite haben, unvergeßlich. Die offiziellen Feiern wirkten wie Abschiedszeremonien.

Die Menschen, die auf den Straßen für Freiheit und Wahrheit demonstrierten, verdienen unsere Solidarität. Ihnen ist es

Die CDU bleibt die Partei der Freiheit. Die Selbstbestimmung des einzelnen, von Gruppen und des deutschen Volkes in einem europäischen Rahmen bleibt unverändert unser Ziel.

zu verdanken, daß die Rufe nach Freiheit friedlich blieben.

Die Bilder sind für alle eine zu Herzen gehende Mahnung: Wir dürfen über den 100.000 Flüchtlingen und Ausgereisten aus der DDR, die wir selbstverständlich und gerne aufnehmen, nicht die 16 Millionen Menschen in der DDR vergessen. Je engagierter sie sind, umso schwerer und bewundernswerter ist die Entscheidung, die sie zum Bleiben getroffen haben.

Bedrückend ist die Tatsache, daß die Führung der DDR gegen alle Verträge immer noch Zurückweisungen an den Übergängen in Berlin vornimmt. Die Berliner CDU protestiert entschieden gegen diese Maßnahmen und fordert die sofortige Rückkehr zu den getroffenen Abkommen. (Fortsetzung Seite 6)

„Langer Donnerstag“

Umsatzplus bis zu 150 Prozent

Der erste Dienstleistungsabend am 5. Oktober 1989 hat sich als ein großer Erfolg erwiesen. In den meisten Großstädten haben die Verbraucher den Dienstleistungsabend für den Einkauf bzw. einen Bummel durch die Innenstädte genutzt.

Die Einzelhandelsgeschäfte melden teilweise ein Umsatzplus von 80 bis 150 Prozent. Die meisten Geschäfte, die geöffnet hatten, sind mit dem ersten Dienstleistungsabend äußerst zufrieden. Die Verbraucher haben bewiesen, daß sie den Dienstleistungsabend annehmen.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Um den Dienstleistungsabend an den kommenden Donnerstagen zu einem umfassenden Erfolg werden zu lassen, sind die Geschäfte, Banken und Behörden, die bisher noch nicht geöffnet hatten, aufgefordert, ihre Öffnungszeiten auf

20.30 Uhr auszudehnen. Die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die sich bisher gegen die längeren Öffnungszeiten ausgesprochen hat, sollte ihren Widerstand aufgeben. Auch den Kaufhäusern sollte die Möglichkeit gegeben werden, die längeren Öffnungszeiten zu nutzen.

Zu der von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) vertretenen Ansicht, der erste „lange Donnerstag“ sei ein Reinfall gewesen, erklärt der Berliner Bundestagsabgeordnete **Jochen Feilcke**: Hier geht anscheinend die Angst um, ein dankbares Mobilisierungsthema der letzten Jahre zu verlieren. Es bedarf schon einer gehörigen Portion Ignoranz, gleich am ersten Tag von einem Reinfall zu reden. Statt mit ideologischen Kanonen auf Spatzen zu schießen, sollte man lieber einen Blick über den Brillenrand hinaus riskieren: Die Verbraucher und Händler reagieren überwiegend positiv!

Der Regierende Bürgermeister von Berlin Momper wird nun immer stärker von der Entwicklung überrollt. Seine Beschwichtigungen haben sich als haltlos erwiesen. Seine Rückzugsgefechte sind offensichtlich.

Aber niemand hat vergessen, wie barsch er die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR noch vor wenigen Tagen ablehnte. Auch jetzt noch unterscheidet sich seine windelweiche Haltung deutlich von anderen sozialdemokratischen Stimmen wie der des nie-

dersächsischen Landesvorsitzenden Bruns. Niemand hat vergessen, daß die Begriffe Freiheit und Selbstbestimmung im deutschlandpolitischen Wortschatz von Herrn Momper jahrelang gefehlt haben und erst jetzt wieder im Munde geführt werden. Und niemand wird vergessen, daß der Regierende Bürgermeister Momper wie ein Bürgermeister der Spaltung redet, wenn er immer wieder die Absage an die Einheit in Freiheit fordert und damit die Deutschen in Ost-Berlin und in der DDR abschreibt.

Arbeitsmarktzahlen im September:

Norbert Blüm: Die Früchte unserer Politik werden für alle sichtbar

Die von der günstigen Konjunktorentwicklung getragene Besserung auf dem Arbeitsmarkt macht weiterhin deutliche Fortschritte: Trotz des anhaltend starken Zustroms von Aussiedlern und Übersiedlern hat sich die im Laufe des Jahres ohnehin schon kräftig gesunkene Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr erneut um 219.100 und damit erstmals seit 1982 in einem September wieder auf unter 1,9 Millionen verringert.

Beschäftigung und Nachfrage nach Arbeitskräften tendieren weiter deutlich nach oben. Die Zahl der Erwerbstätigen ist im August gegenüber dem Vorjahr nochmals um 332.000 auf den neuen Rekordstand von 27,81 Millionen gestiegen. Den Arbeitsämtern waren Ende September 289.000 noch unbesetzte Stellen gemeldet, rund 42 Prozent mehr als im September 1988 und zugleich mehr als in allen Jahren zuvor seit 1980; hinzu kommen die vielen Arbeitsplätze, die von den Unternehmen unmittelbar angeboten werden.

Bundesarbeitsminister **Norbert Blüm** zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen: „Der Arbeitsmarkt befindet sich in einem kräftigen stabilen Aufwind. Erstmals seit Herbst 1982 liegt die Arbeitslosenzahl unter 1,9 Millionen. Dies ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil unser Arbeitsmarkt gegenwärtig auch auf den verstärkten Zuzug von Übersiedlern und Aussiedlern reagieren muß.“

Blüm hob aus den Arbeitsmarktergebnissen hervor:

- die Zahl der offenen Stellen steigt stetig weiter an und übertrifft das Niveau des Vorjahres um ein Viertel,
 - die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist seit August nochmals spürbar zurückgegangen,
 - die Zahl der Kurzarbeiter hat sich von August auf September fast halbiert,
 - in diesem Jahr gab es bereits drei Millionen Abgänge aus Arbeitslosigkeit.
- „Das eigentlich Durchschlagende, das passiert ist, mißt sich aber nicht an einem Monat“, erklärte Blüm. Deutlicher werden die enormen Verbesserungen am

Arbeitslosenzahl im September erstmals seit 1982 unter 1,9 Mio. gesunken; bester Monat seit Regierungswechsel vor sieben Jahren

Arbeitsmarkt, wenn man die Entwicklung seit dem Regierungswechsel vor sieben Jahren betrachtet:

- Von 1982 bis heute hat die Zahl der Arbeitsplätze um 1,5 Millionen zugenommen.
- Die Zahl der Erwerbstätigen steigt von Monat zu Monat und hat mit 27,8 Millionen Nachkriegs-Rekord erreicht,
- in fast zehn Prozent aller Arbeitsamtsbezirke liegt die Arbeitslosenquote Ende September bei 3,5 Prozent oder niedriger,
- es werden so viel offene Stellen zur Verfügung gestellt, wie seit Anfang der 70er Jahre nicht mehr,

● die Jugendarbeitslosigkeit erreichte die niedrigste Septembermarke seit zehn Jahren. 1982 gab es 187.000 arbeitslose Jugendliche, heute sind es nur noch 75.000,

● Kurzarbeit, die Schwester der Arbeitslosigkeit, ist faktisch verschwunden. Im September 1982 hatten wir 583.000 Kurzarbeiter, heute nur noch 46.000; weniger als zehn Prozent von damals.

Blüm wies darauf hin, daß zu diesen Ergebnissen neben der guten Wirtschafts- und Finanzpolitik die Arbeitsmarktpolitik einen erheblichen Beitrag geleistet hat:

● Von 1983 bis 1988 wurden insgesamt 31 Milliarden Mark für berufliche Bildungsmaßnahmen ausgegeben. Damit konnten rund 2,8 Millionen Personen gefördert werden,

● für die berufliche Rehabilitation wurden von 1983 bis 1988 noch einmal 13 Milliarden Mark ausgegeben,

Arbeitsmarktpolitik erfolgreich

● von 1983 bis 1988 wurden insgesamt 15 Milliarden Mark für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bereitgestellt. Die Arbeitsämter vermittelten von 1983 bis 1988 fast 600.000 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Das ergibt, gleichmäßig über die Jahre verteilt, eine durchschnittliche rechnerische Beschäftigtenzahl von 90.000 Personen; 1982 waren es im Jahresdurchschnitt nur 29.000.

Norbert Blüm: „Die ganze Dynamik unserer aktiven Arbeitsmarktpolitik kommt zum Ausdruck in einer einzigen Zahl: insgesamt wurden von 1983 bis 1988 77,4 Milliarden Mark für die Arbeitsförderung zur Verfügung gestellt. Die Früchte unserer Beschäftigungspolitik werden im Herbst dieses Jahres für alle sichtbar.“

Kommentare

Die Signale bleiben auf Grün

Die Nachfrage nach Arbeitskräften kommt jetzt nicht mehr ausschließlich aus den Dienstleistungszweigen, sondern seit einigen Monaten vermehrt aus der Industrie. Viele Unternehmen, ganze Branchen sind an die Kapazitätsgrenzen gestoßen. Da vielfach geeignete Arbeitskräfte nicht zu finden sind, sollen Sonderschichten und Überstunden helfen. Allein in diesem Jahr wird die Wirtschaft voraussichtlich rund 400 000 neue Arbeitsplätze zur Verfügung stellen; das wäre der höchste Zuwachs seit Beginn des Jahrzehnts. Damit geht es jetzt auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit zügiger voran.

Frankfurter Allgemeine Zeitung



Außerdem ist die Zahl der offenen Stellen noch einmal angestiegen. Sie nähert sich nun der Marke von 300 000. Gäbe es nicht die Problemgruppen der älteren und der unqualifizierten Arbeitnehmer — man könnte eine Lösung des Arbeitsmarktproblems fast mit den Händen greifen.

Frankfurter Neue Presse



Die weitere Besserung der Lage am Arbeitsmarkt ist keine Überraschung. Einmal ist der September in jedem Jahr der Monat, in dem sich die Zahlen nach den langen Sommerferien in einem helleren Licht zeigen, und zum anderen sind diesmal im üblichen Sommerloch Bestellungen und Produktion noch weiter gestiegen. In vielen Bereichen unserer Wirtschaft ist die Beschäftigung bereits jetzt bis weit ins kommende Jahr 1990 hinein gesichert.

Kölnische Rundschau

Alfred Dregger: Jetzt bauen, modernisieren und vermieten

Jeder, der in diesen Wochen und Monaten eine neue Wohnung sucht oder ein Haus bauen will, merkt es: Auf dem Wohnungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland herrscht eine angespannte Lage. Eine Verknappung des Angebots geht einher mit erheblichen Steigerungsraten bei Neuvermietungen und wieder kletternden Bau-preisen — und zwar nicht nur in den Ballungsräumen.

Die Ursachen für diese auch von Experten noch vor kurzem nicht erwarteten Entwicklung sind vielfältig. Wesentlich sind:

- das Anwachsen der verfügbaren Einkommen — auch aufgrund unserer Großen Steuerreform — um 12 Prozent zwischen 1986 und 1988 hat eine zusätzliche Nachfrage am Wohnungsmarkt ausgelöst; wer mehr verdient, leistet sich eine besser ausgestattete, größere Wohnung;
- die Zahl der Ein-Personen-Haushalte und der Wohnflächenbedarf pro Person wachsen;
- die steigende Lebenserwartung führt dazu, daß immer mehr Menschen bis ins hohe Alter eine eigene, oft große Wohnung beanspruchen.

Hinzu kommt, daß Hunderttausende Aus- und Übersiedler aus Ost- und Mittel-Europa Wohnungen nachfragen. Sie haben die Verknappung am Wohnungsmarkt nicht herbeigeführt, verstärken sie aber.

Regierung und Koalition haben auf die Engpässe am Wohnungsmarkt schnell reagiert. Durch gezielte Fördermaßnahmen, die zum Teil bereits im Frühjahr beschlossen wurden, wollen wir errei-

chen, daß in den nächsten drei Jahren eine Million neue Wohnungen gebaut werden. So haben wir

- die Mittel für den sozialen Wohnungsbau für 1990 um 550 Millionen DM auf 1,6 Milliarden DM drastisch erhöht; die Länder können diese Mittel schon jetzt abrufen und bei Bewilligungen berücksichtigen;
- zum Anreiz von privaten Investitionen ab 1. März dieses Jahres die Abschreibungsdauer für Mietwohnungen von 50

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Situation auf dem Wohnungsmarkt und zur Wohnungsbaupolitik von Bundesregierung und Koalition

auf 40 Jahre gesenkt und die Anfangsabschreibung von fünf auf sieben Prozent erhöht.

Jetzt hat die Koalition weitere Beschlüsse mit dem Ziel gefaßt, aus bestehenden Gebäuden zusätzlich Wohnraum zu schaffen:

- Wer zum Beispiel ein Dachgeschoß ausbauen möchte oder ein Gebäude, das für landwirtschaftliche bzw. gewerbliche Nutzung nicht mehr benötigt wird, in Wohnungen umbauen will, kann ab sofort bis zum 31. Dezember 1992 bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau um drei Prozent zinsverbilligte Kredite beantragen. Dafür stehen 1,5 Milliarden DM bereit.
- Alternativ kann der Bauherr auch Umbaukosten bis zu 60.000 DM pro

Wohnung fünf Jahre lang steuerlich mit je 20 Prozent jährlich abschreiben.

● Daneben wird ein 500-Millionen-Kreditprogramm für die Förderung des Studenten-Wohnheimbaus für die nächsten drei Jahre aufgelegt (Zinsverbilligung ebenfalls drei Prozent). Antragsberechtigte sind Unternehmen und Privatpersonen mit einem Höchstbetrag von 50.000 DM je Wohnung bzw. Wohnplatz. Von den Bundesländern erwarten wir, daß sie zusätzliche Zinsverbilligungen einräumen.

Wir sind zuversichtlich, daß unsere Maßnahmen schrittweise am Wohnungsmarkt wirksam werden und zu dessen Entspannung beitragen. Dies wird vor allem dann der Fall sein, wenn die Kommunen jetzt zügig neues Bauland bereitstellen und Bauanträge ohne unnötigen bürokratischen Aufwand bearbeiten.

Die Perspektiven für den Wohnungsbau haben sich bereits stark verbessert. In der ersten Jahreshälfte wurden 25 Prozent mehr Baugenehmigungen erteilt, für Mietwohnungen haben sich die Bauanträge sogar verdoppelt. Auch beim sozialen Wohnungsbau gehen die Bewilligungen inzwischen steil nach oben.

Ich appelliere an alle Bauinteressenten: Verwirklichen Sie Ihr Vorhaben jetzt! Jeder Eigenheimer macht eine Mietwohnung frei; jeder Bauherr eines Mietobjekts verhält sich marktkonform und kann günstige Renditen erwarten. Die Eigentümer leerstehender Wohnungen rufe ich auf: Nutzen Sie unser Programm, modernisieren und vermieten Sie!

Studentenwohnraum

Zelte und Züge nur Übergangslösung

Angesichts der alarmierenden Knappheit an Studentenzimmern in Hochschulstädten wird der Bund helfend einspringen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Koalitionsarbeitsgruppe über allgemeine wohnungspolitische Maßnahmen genutzt, Forderungen für die besonderen Belange der Studenten durchzusetzen.

Das in Umrissen beschlossene Programm sieht vor, daß der Bund aus der Kreditanstalt für Wiederaufbau Darlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren, die in der Verzinsung um drei Prozent verbilligt sind, zum Zwecke der Wohnraumbeschaffung für Studenten verfügbar macht. 500 Millionen DM sollen so bereitgestellt werden. Private Bauherren, zu denen auch das Deutsche Studentenwerk gehört, erhalten die Bausumme als verbilligten Kredit, wenn gewährleistet ist, daß die Baumaßnahmen Studenten zugute kommen.

Klaus Daweke, bildungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat die Weichen dafür gestellt, daß Zelte und Züge für Studenten nur eine Übergangslösung darstellen. An den Ländern ist es jetzt, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen, damit sich die Lage schnell verbessern kann.

Im Wohnungsbau geht es aufwärts

Nach Einschätzung des Bonner Instituts für Städtebau, Wohnungswirtschaft und Bausparwesen ist „die Wende“ bei den seit 1985 rückläufigen Wohnungsbaufertigstellungen erreicht. So sind nach den

vorliegenden Genehmigungen vor allem die Anträge für Mehrfamilienhäuser sprunghaft gestiegen; deren Zahl hat im ersten Halbjahr um 56% höher gelegen als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.

Wie der Dienst in der Bundeswehr attraktiver gemacht werden kann

Die Bundeswehr hat Nachwuchssorgen, insbesondere fehlt es ihr an längerdienenden Zeitsoldaten. Auch der Wirtschaft fehlen qualifizierte Nachwuchskräfte, sie leidet an Facharbeitsmangel. Das Panzergrenadierbataillon 292 aus Immendingen hat in diesem Jahr in Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer Konstanz ein beispielhaftes Modellprojekt inszeniert, welches beide Probleme gleichzeitig angeht. Es steht unter dem Motto „Dienen und Ausbilden vor der Haustür“.

Das Immendinger Panzergrenadierbataillon wird die Bildungsstätten der Handwerkskammer nutzen und in beiderseitigem Interesse Zeitsoldaten als Facharbeiter ausbilden und während der Dienstzeit ständig im Beruf auf dem neuesten Stand halten. Die Soldaten erhalten auch die Möglichkeit, sich höher zu qualifizieren und z. B. die Meisterprüfung abzulegen.

Das Programm hat folgende Kennzeichen:

- Die Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten bestehen für jeden Zeitsoldaten, unabhängig von Dienstgrad und Verpflichtungszeit.
 - Die Berufsbildungsmaßnahmen finden während der regulären Dienstzeit statt, so daß die Soldaten keine zeitliche Mehrbelastung haben.
 - Die Finanzierung dieser Berufsbildungsmaßnahmen — auch die Ausbildung zum Meister — wird je nach Länge der Verpflichtungszeit ganz oder teilweise durch den Berufsförderungsdienst der Bundeswehr übernommen.
- Das Angebot der Qualifizierung in vielen

Berufen während der Dienstzeit kann ein wichtiges Argument für die Entscheidung zum Zeitsoldaten sein. Durch die Berufsbildungsmaßnahmen wird es den Zeitsoldaten sehr leicht fallen, später in den zivi-

Berufsbildungsmodell „Dienen und Ausbilden vor der Haustür“

len Beruf zurückzukehren, möglicherweise sogar in qualifizierterer Stellung.

Franz Sauter (CDU/CSU-Bundestagsfraktion): Das vorgestellte Berufsbildungsmodell „Dienen und Ausbilden vor der Haustür“ des Panzergrenadierbataillons 292 halte ich persönlich für beispielhaft und wegweisend auch für die Zusammenarbeit anderer Standorte mit den Bildungsinstitutionen der Wirtschaft und des Handwerks. Daß sich in Immendingen kurz nach Einsetzung des Programms bereits erste Erfolge in der Nachwuchsgewinnung abzeichnen, ist ein deutliches Indiz dafür, daß das Modell ein erfolgreicher Beitrag zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr ist.

Personalien

Der CDU-Teil der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den CDU-Bundestagsabgeordneten Professor **Dr. Karl-Heinz Hornhues** zum stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Auf ihn entfielen 85 Ja-Stimmen. Auf den ebenfalls zur Wahl stehenden CDU-Bundestagsabgeordneten **Friedrich Vogel** (Ennepetal) entfielen 54 Ja-Stimmen.

Notbremse muß rot-grüne Forschungspolitik in Berlin stoppen

Anläßlich der aktuellen Stunde zur Forschungssituation in Berlin erklärt der stellvertretende forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erich Maaß:

Entscheidungen des rot-grünen Senats in Berlin machen es erforderlich, daß CDU/CSU und FDP im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie die Notbremse ziehen. Um weiteren Schaden von Berlin abzuwenden, wird der Forschungsminister aufgefordert, einen Situationsbericht über die Forschungsentwicklung in Berlin zu geben und bis zur endgültigen Klärung keine weiteren Mittel für neue institutionelle Forschungsprojekte zu bewilligen. Grund für diese Entscheidung sind u. a. folgende Sachverhalte:

- Der rot-grüne Senat will die Akademie der Wissenschaften schließen.
- Der rot-grüne Senat verzögert das Genehmigungsverfahren für den Berliner Forschungsreaktor.
- Der rot-grüne Senat setzt sich nicht durch beim Neubau des Konrad-Zuse-Zentrums für Informationstechnik.
- Der rot-grüne Senat entscheidet nicht über BESSY II.
- Der rot-grüne Senat blockiert die Weiterentwicklung des Magnetbahnprojektes.
- Der rot-grüne Senat verweigert die Finanzierung der renommierten Dahlem-Konferenz.

Dieses Verhalten gibt Anlaß zu größter Besorgnis für den Forschungsstandort Berlin.

Berlin ist im Grunde ein Idealstandort für

Forschung, Entwicklung und Wirtschaft. Nirgendwo in der Bundesrepublik kann man auf so engem Raum alle wichtigen und renommierten Wirtschaftsunternehmen und anerkannten Wissenschaftseinrichtungen vorfinden wie in Berlin. In diesem sogenannten „Forschungs-Treibhaus-Klima“ funktioniert das Zusammenspiel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft besonders gut.

Was der Berliner rot-grüne Senat zur Zeit anstellt, ist jedoch eine systematische Demontage dieser Idealverhältnisse. Es kann nicht hingenommen werden, daß die SPD in Bonn in schönen Sonntagsre-

Der rot-grüne Senat in Berlin entscheidet nicht, verzögert, blockiert, verweigert, will schließen...

den erklärt, wie positiv sie angeblich zur Forschung eingestellt ist, während auf der anderen Seite die Berliner SPD sich nur um des blanken Machterhalts willen in Berlin den obstrusen Forderungen der Grün-Alternativen unterwirft.

Diesem beginnenden durch Rot-Grün verursachten Forschungschaos in Berlin muß durch das Ziehen der Notbremse in Bonn Einhalt geboten werden. Es kann nicht angehen, daß Steuergelder in Millionenhöhe in Berlin in Forschungseinrichtungen investiert werden, die dann kurz vor der Vollendung durch eine rot-grüne Blockadepolitik nicht mehr weitergeführt werden. Es ist im Interesse Berlins, daß wir wieder zu einem forschungs-, wissenschafts- und wirtschaftsfreundlichen Klima zurückkehren.

Schutz der Erdatmosphäre

Verbotsregelungen sind jetzt nicht mehr zu umgehen

Zur drastischen Reduzierung des Einsatzes von FCKW und Halonen auf Grundlage des Bundestagsbeschlusses vom 9. März 1989 erklärte der umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der Enquête-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“, Bernd Schmidbauer:

Angesichts des Gefährdungspotentials der FCKW, die nicht nur den Ozonabbau in der Stratosphäre verursachen, sondern auch zum Treibhauseffekt beitragen, ist die exakte Umsetzung dieses Beschlusses unabdingbar notwendig.

Da die Industrie von der Möglichkeit der Selbstverpflichtung bisher keinen bzw. nicht genügend Gebrauch gemacht hat, ist es nun erforderlich, die im Beschluß vorgesehenen Verbotsregelungen schnellstmöglich auf den Weg zu bringen, um die Zielsetzungen ohne Zeitverlust zu erreichen.

Im Aerosolbereich konnte der Verbrauch zwar beachtlich reduziert werden; 1988 lagen die Verbrauchsmengen unter 5.000 t, 1989 voraussichtlich bei etwa 2.500 t.

Ab 1990 würden gemäß der Aussage der Industriegemeinschaft Aerosole (IGA) für den Inlandsverbrauch und den Export noch mindestens 1.500 t FCKW benötigt.

Dem können wir nicht zustimmen. Nach unserer Einschätzung sind im Spraybereich noch weitere Minderungspotentiale vorhanden; es liegt bislang noch kein Beweis vor, daß die für den Aerosolbe-

reich festgelegte Höchstmenge von 1.000 t überschritten werden muß.

Deshalb fordern wir:

- Eine sofortige Selbstverpflichtung der Industriegemeinschaft Aerosole, die für den Aerosolbereich festgelegte Höchstmenge von 1.000 t nicht zu überschreiten.
- Für jedes FCKW-Sprayprodukt einen Verwendungs- und Notwendigkeitsnachweis einzuführen.

So kann auch im medizinischen und technischen Anwendungsbereich überprüft

Die Zeit drängt:
Der Ozonabbau geht weiter,
und Selbstverpflichtungsregelungen fassen nicht schnell genug.

werden, ob der Einsatz der FCKW tatsächlich unumgänglich ist.

- Eine umweltverträgliche FCKW-Ersatztechnologie anstatt des zur Zeit verwendeten Propan/Butan, das brennbar und öko-toxikologisch bedenklich ist. Die bereits auf dem Markt befindliche Druckgaspackung mit reiner Pressluft wäre beispielsweise eine Alternative.
- Eine Pflicht zur Kennzeichnung der entsprechenden Inhaltsstoffe.

Kälte- und Kühlmittel

Der Beschluß des Deutschen Bundestages sieht vor, daß bis zum 1. April 1989 für den Kälte- und Kühlmittelbereich ein

Entsorgungskonzept vorzulegen ist. Diese Verpflichtungserklärung ist überfällig.

Des weiteren sieht er vor, daß spätestens ab dem 1. Januar 1992 nur noch Ersatzstoffe als Kühl- und Kältemittel eingesetzt werden, **die auf lange Sicht als Ersatzstoffe dienen können.**

Auch wenn das Umweltbundesamt und der Deutsche Kälte- und Klimatechnische Verein es gegenwärtig nicht als möglich ansehen, daß dies erreicht werden kann, betrachten wir die Einhaltung dieser Forderungen als realisierbar:

Für **Großanlagen** steht der **Ersatzstoff Ammoniak** zur Verfügung. Die Absorptionstechnik kann ebenfalls einen Teil der Anforderung erfüllen. Für **Kleinanlagen** wird voraussichtlich ab 1992 der ozonunschädliche **Ersatzstoff 134 a** in handelsüblichen Mengen verfügbar sein. Wir wollen so schnell wie möglich den FCKW-freien Kühlschrank.

Verschäumungsbereich

Die gemäß dem Bundestagsbeschluß vorgesehene FCKW-Verringerung um 80 Prozent bis Ende des Jahres 1992 wurde bisher von der Industrie nicht in Aussicht gestellt.

Das Angebot des Industrieverbandes, Polyurethan-Hartschäume zur Verminderung des FCKW-Einsatzes in diesem Bereich (50 Prozent pro Produkteinheit) zu reduzieren, ist nicht ausreichend, so daß Regelungen zur Erreichung der Zielvorgabe getroffen werden müssen.

Bei der Herstellung von **Weichschäumen** kann und muß bereits heute **vollständig auf FCKW verzichtet werden.**

Gleichzeitig ist der **Import** dieser Waren zu unterbinden.

FCKW-haltiges Verpackungsmaterial und Wegwerfgeschirr wird in Kürze durch einen Verordnungsentwurf des Bundes-

ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit verboten werden.

Reinigungs- und Lösemittel

Bei Reinigungs- und Lösemitteln ist der FCKW-Einsatz — gemäß Bundestagsbeschluß — ab dem 1. Januar 1992 auf unumgängliche Einsatzbereiche zu beschränken und bis Ende des Jahres 1995 um 95 Prozent zu reduzieren. Eine diesbezügliche Verpflichtungserklärung ist bis zum 31. Dezember 1989 vorzulegen.

Da es sich bereits abzeichnet, daß eine Selbstverpflichtung bis dahin nicht vorliegen wird, ist auch hier angesichts der hohen FCKW-Verbrauchsmenge und der starken Expansion des Industriezweiges eine **Verbotsregelung** unumgänglich.

Halone

Halone besitzen im Vergleich zu den FCKW ein deutlich höheres Ozonzerstörungspotential.

Positiv ist der bereits erreichte Verzicht auf die Halonverwendung bei Feuerlöschübungen im militärischen Bereich und auf Probeflutungen durch den Verband der Sachversicherer.

Die andererseits drastisch zunehmende Anzahl der Halonfeuerlöschanlagen erfordert

- die vollständige Wiederverwertung der Halone,
- eine Anmeldepflicht für Halon-Neuanlagen,
- nur in unabdingbaren Fällen eine Ausnahme genehmigung und
- die Offenlegung der genauen Produktions- und Verbrauchszahlen sowie
- entsprechend dem Beschluß vom 9. März 1989 die gleichen Reduktionsquoten wie für FCKW, d. h. eine Verminderung von mindestens 50 Prozent bis Ende des Jahres 1990 und um mindestens 95 Prozent bis Ende des Jahres 1995. ■

Mobilität ohne Luftverschmutzung und unerträgliche Lärmbelästigung

Zur Vorstellung des Beschlusses „Verkehr in unserer Umwelt — Leitsätze für eine umweltgerechte Verkehrspolitik“ erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Verkehrspolitik der CDU, Dirk Fischer:

Auf unseren Straßen und am Himmel wird es eng. Der Verkehr nimmt zu, weil der internationale Warenaustausch ebenso wächst wie das Mobilitäts- und Reisebedürfnis der Menschen. Mit dieser neuen Dynamik gehen Zukunftschancen zur Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit unseres Landes einher. Diese müssen in umweltverträglicher Form genutzt werden. Aufgabe ist es, sowohl den ökonomischen als auch den ökologischen Verkehrsinfarkt zu verhindern.

Umweltschutz gibt es auch in der Verkehrspolitik nicht zum Nulltarif. Er ist uns jedoch seinen Preis wert, weil wir unserer Verantwortung gegenüber der Schöpfung und kommenden Generationen gerecht werden wollen. Zu einer umweltgerechten Verkehrspolitik gehören die Vermeidung und Bekämpfung der Luftverschmutzung und Lärmbelastung, der vorsorgende Schutz der Gewässer und eine systematische Landschaftspflege. Der CDU-Bundesfachausschuß Verkehrspolitik hat hierzu Leitsätze entwickelt und u. a. folgende Forderungen aufgestellt:

Kraftfahrzeuge sind eine der wesentlichen Quellen der Luftverschmutzung. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung 1983 eine Offensive für das umweltfreundliche Auto gestartet, die unvermindert fortzusetzen ist:

- Für Kraftfahrzeuge zwischen 1,4 und 2 Litern Hubraum sollen europaweit Abgasgrenzwerte durchgesetzt werden, die den strengeren US-Normen gleichwertig sind.
- Bei Diesel-PKW sollen bei Neuzulassungen die amerikanischen Grenzwerte verpflichtend und eine dem Benzin-PKW vergleichbare steuerliche Förderung geschaffen werden.
- Für die Kfz-Besteuerung allgemein sind Modelle zu entwickeln, deren EG-weite Einführung die ökologische Belastung reduzieren hilft.
- Abgasgrenzwerte für Nutzfahrzeuge sind entsprechend dem Stand der Technik zu verschärfen und Partikelgrenzwerte festzulegen.
- Für Dieselfahrzeuge und Kraftfahrzeuge mit Katalysator muß eine Abgas-Sonderuntersuchung vorgeschrieben werden.

Für LKW soll EG-weit eine manipulationssichere technische Einrichtung vorgeschrieben werden, die ein Überschreiten der Höchstgeschwindigkeit verhindert.

Die Bekämpfung des Verkehrslärms muß auf breiter Front erfolgen. Dazu gehört, daß die Lärmschutzverordnung zum Schutz der Anlieger vor Verkehrslärm beim Neubau bzw. Erweiterung einer Straße oder Schiene unverzüglich verabschiedet werden muß.

Das Programm zum Bau von Ortsumgehungen muß unvermindert fortgeführt werden, weil es der Sanierung der gewachsenen Ortskerne dient und die Lebensqualität der Bürger in Städten und Gemeinden nachhaltig verbessert.

Boden, Landschaft und Gewässer müssen noch besser geschützt werden:

- Auf den Einsatz von Chemikalien bei der Pflege der Randstreifen von Verkehrswegen ist weitestgehend zu verzichten.
- Zur Entsorgung der Schiffe von ölhaltigem Wasser (Bilgenwasser), Chemikalienrückständen und Schiffsmüll müssen in den Häfen der EG Auffanganlagen und Entsorgungseinrichtungen geschaffen und ihre Benutzung vorgeschrieben werden. ■

Studententelefon für Übersiedler

Dank der schnellen Unterstützung durch die Deutsche Bundespost kann ab sofort das RCDS-Studententelefon zum Ortstarif angerufen werden. Bundesvorsitzender Christian Schede, der diese Starthilfe für studentische Übersiedler aus der DDR vorstellte: „Jeder von uns weiß, wie schwierig die ersten Wochen im Studium für einen selber waren. Für uns als bundesweit organisierten Studentenverband ist es selbstverständlich, über RCDS-Gruppen Kontakte am Hochschulort zu knüpfen, um helfen zu können.“

Das RCDS-Studententelefon ist montags bis donnerstags unter der Nummer: (01 30) 31 20 von 19 bis 22 Uhr besetzt. Außerhalb dieser Zeiten steht der Anrufbeantworter unter (02 28) 31 10 57 zur Verfügung.

Wohnungssuche

Alt hilft jung

Gerhard Braun, Bundesvorsitzender der Senioren-Union, auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem Bundesvorsitzenden des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), Christian Schede:

Angesichts der angespannten Wohnungslage, die besonders die Studenten trifft, wurde seitens der Senioren-Union den Studenten Unterstützung bei der Wohnungssuche zugesagt.

An die 700 Orts- und Kreisverbände der Senioren-Union ergeht ein Aufruf, daß den wohnungssuchenden Studenten mit Hilfe der Senioren-Union Wohnraum zur Verfügung gestellt wird.

Gemeinsam verweisen die beiden Bundesvorsitzenden darauf, daß es bereits gemeinsame Aktivitäten von jungen und alten Studenten gibt. Im Durchschnitt studieren an jeder Hochschule in der Bundesrepublik ca. 350 ältere Bürger.

Mit dieser solidarischen Aktion will die Senioren-Union und der RCDS gleichzeitig einen Generationen übergreifenden Dialog initiieren, der in vielfältiger Weise zum Austausch von materiellen und immateriellen Interessen führt.

Gerhard Braun gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß ein großer Teil der 65.000 Mitglieder der Senioren-Union sich mit den Studenten solidarisch zeigt.

Bonner Kabinett am besten organisiert

Die Arbeit im Bonner Kabinett ist europaweit am besten organisiert. Zu diesem Ergebnis kamen Politologen, die für die Europäische Gemeinschaft (EG) die effektivste Organisations-

form bei Europas Kabinetten aufspüren sollten. Es wurde zum Abschluß einer internationalen Tagung von Politikwissenschaftlern in Lüneburg vorgestellt.

Alfred Dregger:

Die Medien spiegeln die Wirklichkeit, aber sie sind nicht die Wirklichkeit

Auf der Jahrestagung des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger e.V. (BDZV) sprach der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zum Thema „Parlament und Presse — Positionen für die Zukunft“:

Wir leben in einer Zeit raschen, teilweise stürmischen Wandels:

- in der internationalen Politik sind wir Zeugen des Übergangs von totalitären Parteidiktaturen kommunistischer Prägung hin zu offeneren Gesellschaftsformen, wobei das Tempo dieser Entwicklung in Polen und Ungarn atemberaubend ist;

- vor diesem Hintergrund gewinnt die Entwicklung Europas zu einer politischen Union, die einmal die friedenserhaltende Mitte zwischen den Weltmächten werden könnte, an Aktualität; die seit 1945 offene deutsche Frage ist wieder auf der Tagesordnung der Weltpolitik;

- in der Innenpolitik sind zunächst auf der linken, jetzt auch auf der rechten Seite Gruppierungen entstanden, die die gewohnte Stabilität unseres Gemeinwesens in Frage stellen;

- nicht nur in der Sozialpolitik werden die Auswirkungen des dramatischen Geburtenrückgangs spürbar; die Alterssicherungssysteme müssen neu justiert, der Familienlastenausgleich der Entwicklung angepaßt werden.

Diese und andere Abläufe zwingen uns im Deutschen Bundestag, schwierige und unpopuläre Entscheidungen zu treffen,

um unser Gemeinwesen zukunftsfähig zu erhalten und unserem Land Frieden und Freiheit in einer sich verändernden Welt dauerhaft zu sichern.

Bevor ich auf die Rolle der Medien als der wichtigsten Verständigungsbrücke zwischen Regierenden und Regierten, zwischen Parlament und Öffentlichkeit zu sprechen komme, erlauben Sie mir bitte einen kurzen Ausflug in die Geschichte: Am Abend des 20. September 1792, nach der Kanonade von Valmy, prägte der Geheime Rath Goethe, der an der Seite seines Dienstherrn und Gönners, des Herzogs Karl August von Sachsen-Weimar, die Schlacht beobachtet hatte, eine Sentenz, die ein geflügeltes Wort werden sollte:

„Hier und heute beginnt eine neue Zeit, und ihr könnt sagen, ihr seid dabei gewesen.“

„Ihr“ — das waren die von der französischen Revolutionsarmee geschlagenen preußischen Truppen, an deren Lagerfeuern — wie Sieburg schreibt — Goethe an jenem Abend weilte.

Dabeisein, Augen- oder Ohrenzeuge politisch bedeutsamer Vorgänge sein — das konnten am Ende des 18. Jahrhunderts nur wenige. Die meisten Menschen erfuhren von den weltbewegenden Ereignissen ihrer Zeit wenig, und das auch nur mit erheblicher Verzögerung.

Heute ist das ganz anders: Jeder, der es will, kann einen ständigen Strom von Nachrichten über wichtige und weniger wichtige Ereignisse

aus aller Welt empfangen. Vor allem die elektronischen Medien sind rund um die Uhr an den Brennpunkten der Erde, in Parlamenten und an Verhandlungstischen präsent und liefern praktisch ohne Zeitverlust Bilder und Berichte.

Wie bewältigen die Menschen diese unaufhörlichen Sturzbäche schriftlicher, bildlicher und akustischer Informationen? Stumpfen sie ab durch die Überfülle des täglich Neuen? Verlernen sie, Wichtiges von weniger Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden? Oder werden sie aufgeklärte Mitglieder einer weltumspannenden Informationsgesellschaft, die historische Veränderungen sensibel aufnehmen und, falls erforderlich, ihr individuelles Verhalten daran ausrichten?

Das Bild, das die Menschen von der Wirklichkeit haben, wird heute im wesentlichen von den Medien geprägt. Die Medien sind nicht die Wirklichkeit. Sie spiegeln die Wirklichkeit, allerdings nur in Bruchstücken, und zwar in solchen, die Journalisten für berichtens- und kommentierenswert halten. Jedes Medium bestimmt in eigener Verantwortung, welcher Aspekt hervorgehoben, welcher nachrangig behandelt oder weggelassen wird.

Es ist wohl so, daß das Fernsehen heute wie kein anderes Medium „Wirklichkeit öffentlich vermittelt, darstellt und beglaubigt“, wie der Soziologe Friedrich Tenbruck festgestellt hat. Den Zuschauern ist das in der Regel nicht bewußt. Die meisten Menschen glauben das, was sie auf dem Bildschirm sehen und in der Zeitung lesen — sie nehmen die Bruchstücke der Wirklichkeit für die ganze Wirklichkeit.

Ich will nicht verschweigen, daß dieser Befund Sorge bereitet. Die Sorge nämlich, daß die Kluft zwischen der Wirklichkeit und dem von den Medien vermittelten Bild der Wirklichkeit immer größer wird. Sie ist, wie ich meine, entstanden, weil die Medien vorwiegend ein Negativbild der Wirklichkeit zeichnen. Wobei ich einräume, daß das Negative in den Augen wohl der meisten Menschen interessanter ist als das Positive, das Gute, das Beispielhafte und Harmonische. Aber: Wenn nahezu jeder politische Disput als „Streit“ dargestellt wird; wenn nahezu jede Unregelmäßigkeit als „Skandal“ Schlagzeilen macht; wenn Politiker als Trunkenbolde, machtlüsterne Intriganten oder Sprach-Stümper durch manche Medien geistern — dann darf sich niemand wundern, wenn das Ansehen der demokratischen Institutionen sinkt und extremistische Kräfte Auftrieb bekommen.

Der angesehene Wirtschaftswissenschaftler und Publizist Wolfram Engels hat unlängst in einer Betrachtung über die Regierung Kohl von einer „Diskrepanz zwischen meßbarem Erfolg und öffentlicher Anerkennung“ gesprochen, wie es sie in der deutschen Politik bisher noch nicht gegeben habe. Es kann nicht in Ordnung sein, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland „besser, sicherer, länger, sorgloser denn je“ leben, wie Wolfram Engels zutreffend schreibt, in den Medien aber Skandal-, Katastrophen- und Streit-Szenarien dominieren.

Wenn die Medien Politiker nach Gutdünken kritisieren, muß Vergleichbares den Medien gegenüber erlaubt sein. Das als unerlaubte „Medienschelte“ zu kritisieren, ist unangemessen. Wir können die großen Aufgaben unserer Zeit, die Veränderungen und die dadurch bedingte Unsicherheit, nur meistern, wenn wir uns gegenseitig kritisch begleiten.

200 000 Arbeitnehmervertreter stellen sich 1990 neu zur Wahl

1990 ist Wahljahr. Nicht nur die Bundestagswahl und verschiedene Landtagswahlen stehen an. Für viele Arbeitnehmer finden in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai 1990 auch die Betriebsratswahlen statt.

Betriebsratswahlen sind so wichtig wie allgemeine politische Wahlen. Das wird vor allem durch die hohe Wahlbeteiligung von etwa 80 Prozent deutlich. Es zeigt sich auch an den etwa 200.000 zu wählenden Arbeitnehmervertretern.

Die Betriebsräte als Vertretung der Arbeitnehmerschaft werden aufgrund des rasanten technischen Wandels für die Arbeitnehmer in den Betrieben immer wichtiger. Wirtschaftliche und personelle Entwicklungen müssen von den Arbeitnehmervertretern in ihren Auswirkungen mitbestimmt werden. Ohne Mitbestimmung durch die Betriebsräte wird die Arbeitnehmerschaft durch die Arbeitgeber in besonderem Maße fremdbestimmt.

Die Betriebsräte nehmen die Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer in sozialen und personellen Angelegenheiten wahr. Dazu gehören u.a.

- ▶ Arbeitszeitregelungen einschließlich Überstunden,
- ▶ befristete Arbeitsverträge,
- ▶ Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen, die dazu bestimmt sind, das Verhalten oder die Leistung der Arbeitnehmer zu überwachen,
- ▶ die betriebliche Lohngestaltung einschließlich der Akkord- und Prämiensätze,
- ▶ Einstellung, Eingruppierung, Umgruppierung der Arbeitnehmer,

- ▶ Versetzungen und Kündigungen des Arbeitnehmers.

Betriebsräte werden nicht nur in Großbetrieben gewählt, sondern auch in Klein- und Mittelbetrieben, wo über 60 Prozent der erwerbstätigen Menschen arbeiten. Hier wird die Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA) bei den kommenden Wahlen einen Schwerpunkt setzen.

Aufforderung

● Stellt Euch der Kandidatur

Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der CDA/CDU muß es eine Selbstverständlichkeit sein, sich als Kandidaten bei den Betriebsratswahlen zur Verfügung zu stellen. Mitglieder der CDA/CDU sollen zur Übernahme von Vertretungsfunktionen für die Arbeitnehmer ermuntert und vorbereitet sowie bei Wahlen unterstützt werden.

● Bildung von Betriebsräten nicht behindern

Die CDA fordert die Arbeitgeber auf, die Bildung von Betriebsräten nicht zu behindern. Kein Arbeitgeber sollte stolz darauf

In den Klein- und Mittelbetrieben wird die Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft bei den Betriebsratswahlen 1990 ihren Schwerpunkt setzen.

sein, wenn es in seinem Betrieb keinen Betriebsrat gibt.

● In den Gewerkschaften mitarbeiten

Für eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer ist es sinnvoll, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Auch in den Gewerkschaften sollen die Mitglieder der CDA/CDU Funktionen übernehmen. Wer in den Gewerkschaften nicht mitarbeitet, darf sich nicht beklagen, wenn er bei innergewerkschaftlichen Personalentscheidungen wie Listenaufstellungen bei Betriebsratswahlen nicht zur Geltung kommt.

● Berücksichtigung der CDA-Kolleginnen und Kollegen

Die CDA fordert insbesondere die Einheitsgewerkschaften auf, christlich-demokratische und christlich-soziale Kolleginnen und Kollegen bei ihren Personalentscheidungen zu berücksichtigen.

Diese Kolleginnen und Kollegen sollen wegen ihrer Parteizugehörigkeit nicht benachteiligt werden.

Wir bieten an

Im Arbeitnehmerzentrum Königswinter (AZK) werden zur Vorbereitung der Betriebsratswahlen Seminare angeboten.

Termine:

- 10. — 12. November 1989
- 8. — 10. Dezember 1989
- 19. — 21. Januar 1990

Bei diesen Seminaren werden u. a. folgende Fragen beantwortet:

- ▶ In welchen Betrieben werden Betriebsräte gewählt?
- ▶ Wie wird die Betriebsratswahl in Gang gebracht?

- ▶ Wer bestellt den Wahlvorstand?
- ▶ Was hat der Wahlvorstand im allgemeinen zu beachten?
- ▶ Wer kann wählen?
- ▶ Wer darf Kandidaten vorschlagen?
- ▶ Wer setzt den Wahltermin fest?
- ▶ Wieviele Betriebsratsmitglieder sind zu wählen?
- ▶ Bekanntgabe der Wahlvorschläge
- ▶ Wie sehen die Stimmzettel aus?
- ▶ Durchführung der Wahl
- ▶ Ist Briefwahl möglich?
- ▶ Feststellung des Wahlergebnisses
- ▶ Kann die Wahl angefochten werden?

Ansprechen wollen wir mit diesen Seminaren besonders die Kolleginnen und Kollegen der Klein- und Mittelbetriebe.

Als Ansprechpartner der CDA-Hauptgeschäftsstelle steht der Referent für die Betriebsarbeit Gerhard Fuchs mit zusätzlichen Informationen und praktischem Rat zur Verfügung.

Hinweis

Ab Ende Oktober 1989 steht die neu überarbeitete Broschüre „Betriebsratswahl“ mit neuem Text des Betriebsverfassungsgesetzes, dem neuen Text der Wahlordnung, einem Leitfaden für die Betriebsratswahl mit Zeittafel und Mustervorlagen zur Verfügung. Sie kann in ausreichender Zahl bei der CDA-Hauptgeschäftsstelle angefordert werden.

Schicken Sie mir die Broschüre „Betriebsratswahl“ zu:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____

PLZ/Wohnort: _____

Kommunalwahlkampf

Der Einsatz hat sich gelohnt

Die Wahlergebnisse bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen haben der CDU landesweit einen Verlust von 4,7 Prozent gegenüber der Kommunalwahl von 1984 gebracht. In einigen Regionen und Städten liegen die Verluste noch höher.

Nicht so in Wesseling. In der 30 000 Einwohner großen Industriestadt zwischen Köln und Bonn hat die CDU gegenüber der letzten Europawahl 12,4 Prozent hinzugewonnen und im Vergleich zur Kommunalwahl 1984 nur 1,5 Prozent verloren. Mit einem CDU-Anteil von 47,3 Prozent liegt die Union 10,2 Prozent vor der SPD, die gegenüber der Europawahl sieben Prozent verlor und nur 37,1 Prozent erreichte.

Das gute Wesseling CDU-Ergebnis ist ein großer Erfolg für die CDU Wesseling

und für den CDU-Bürgermeister Alfons Müller MdB. Die Frage, ob es möglich ist, durch persönlichen Einsatz einen gegenläufigen Trend zu stoppen, kann

Der UiD hat über den beispielhaften Kommunalwahlkampf der CDU in Wesseling berichtet. In dieser Ausgabe berichtet Alfons Müller über seine Erfahrungen bei den Gesprächen mit den Bürgern.

mit einem eindeutigen Ja beantwortet werden. In 65 Tagen hat Alfons Müller mit den Kandidaten alle 13 153 Wesseling Haushalte persönlich besucht. Er hat dafür seinen Jahresurlaub geopfert und 362 Stunden gebraucht.

Bei den Hausbesuchen hat Alfons Müller nicht nur Zustimmung erfahren, sondern sich auch Kritik gefallen lassen müssen: vor allem an dem Hin und Her bei wichtigen politischen Entscheidungen, zu denen führende Politiker unserer Partei unterschiedliche Äußerungen gemacht haben.

Außerdem hat Alfons Müller festgestellt, daß es ungenutzte Wohnungen in größerer Zahl gibt, aber gleichzeitig eine nur geringe Bereitschaft, diese Wohnungen auch zu vermieten, aus Sorge nämlich vor Schwierigkeiten mit neuen Mietern.

Schließlich hat Alfons Müller eine ablehnende oder wenigstens distanzierte Haltung junger Leute, insbesondere junger

„Ausreißer“-Erfolge

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen hat es nicht nur in Velbert und in Wesseling, sondern auch in anderen Städten und Gemeinden Wahlerfolge für die CDU gegeben, die im Gegensatz zum Landestrend standen. Der Politikwissenschaftler Prof. Gerhard W. Wittkämper aus Münster hat diese „Ausreißer“-Erfolge einen Beweis dafür genannt, daß emotionale Bindungen voll durchschlagen können, wenn sich Kandidaten auch um Herz und Gefühle der Wählerinnen und Wähler kümmern. Werde das auch noch von Glaubwürdigkeit begleitet, stelle sich Erfolg ein.

Frauen gegenüber der CDU erlebt. Sie fühlen sich von der CDU nicht genug verstanden noch vertreten. Unsere Partei sollte das nicht unterschätzen und den Ursachen dafür nachgehen.

Insgesamt zeigt das Beispiel Wesseling, daß es durchaus möglich ist, in Nordrhein-Westfalen Wahlen für die CDU zu gewinnen. Die CDU muß mit den richtigen Leuten auf die Menschen zugehen und mit ihnen reden. ■

Weirich neuer Intendant der Deutschen Welle

Zum neuen Intendanten der Deutschen Welle in Köln ist Dieter Weirich, medienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, gewählt worden. Er tritt sein neues Amt am 1. Dezember 1989 an.

Alfred Dregger hat Weirich die Glückwünsche der Bundestagsfraktion übermittelt und seine Freude darüber ausgedrückt, daß Weirich sich einer neuen Herausforderung stellen könne, die an seinen bisherigen Werdegang nahtlos anschließt.

CDU-Bundesparteitag spendete 13 116,97 Mark für Übersiedler

Anlässlich der Übergabe einer Spende von 13 116,97 Mark in den Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelagern Friedland, Schöppingen und Gießen erklärt die Bundesvorsitzende der Frauen-Union der CDU, Rita Süßmuth:

Viele Kinder in den Grenzdurchgangs- und Notaufnahmelagern Friedland, Schöppingen und Gießen sind in ungewohnter Umgebung ohne die alten Freunde und in beengten Verhältnissen besonderen Belastungen ausgesetzt. Ihnen soll der Aufenthalt erleichtert werden.

Die Spende in Höhe von 13 116,97 Mark, die die Teilnehmer des 37. Bundesparteitages der CDU in Bremen für die Übersiedler aus der DDR auf Anregung der Frauen-Union gegeben haben, soll deshalb vor allem den Kindern zugute kommen.

Neu in Versmold: Parteitagsreden

Helmut Kohl:

Für Deutschland.

Starke Mitte — Gute Zukunft

● Bestell-Nr.: 3194

Alfred Dregger:

Politik für Deutschlands

Zukunft.

CDU und CSU sind eine politische Einheit

● Bestell-Nr.: 3195

Heiner Geißler:

Die CDU

als moderne Volkspartei

● Bestell-Nr.: 3199

Mindestabnahme:

25 Exemplare

Preis je Mindestabnahme:

23,50 DM

(Preise zuzügl. MwSt.

inkl. Versand)

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold

Noch ein Pluspunkt der Gesundheitsreform

Jetzt mehr Vorsorge

Ab 1. Oktober ist es soweit. Jetzt können Sie mehr für die Vorsorge tun.

Vom vollendeten 35. Lebensjahr an können Frauen und Männer alle zwei Jahre einen „Gesundheits-Check-Up“ vornehmen:

Zur Früherkennung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Nierenkrankheiten, Diabetes, also für die häufigsten chronischen Krankheiten.

Vorsorgen ist besser als heilen. Nutzen Sie deshalb diese neue Möglichkeit, die durch die Gesundheitsreform geschaffen wurde.

Weitere Pluspunkte der Gesundheitsreform:

- stabile Beiträge
- sinkende Arzneimittelpreise
- Hörgeräte und Brillen werden billiger
- Hilfe für die häusliche Pflege

CDU



*Die
Zukunft*

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Wieder
neu in
Vermold

Das Lied der Deutschen



L.H. ad lib. Suo basso



Einigkeit und Recht und Freiheit

Die deutsche Nationalhymne



Mindestabnahme:
50 Exemplare
Preis pro
Mindestabnahme:
5,50 DM
Preis zzgl. MwSt.
Bestell-Nr.: 2741

Bestellungen an: IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Vermold

UiD

32/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion:
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300
Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Tele-
fon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. Ver-
trieb: Telefon (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Dr.
Uwe Lüthje. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto
Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln
Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis
jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Herstellung:
Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.